



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2009

Bedarf, Verdienst, Gerechtigkeit: das politische Buch

Schefczyk, Michael

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-96923>

Newspaper Article

Originally published at:

Schefczyk, Michael. Bedarf, Verdienst, Gerechtigkeit: das politische Buch. In: Neue Zürcher Zeitung, 37, 2009, 42.

Das politische Buch**Bedarf, Verdienst und Gleichheit***David Miller entwirft eine pluralistische Theorie sozialer Gerechtigkeit*

Neue Begriffe kündigen zuweilen bessere Zeiten an. Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts verdrängte die Rede von der «Sozialpolitik» zunehmend die von der «sozialen Frage». Dies war Symptom einer Entwicklung zum Guten. Der neu geprägte Begriff zeigte an, dass sich Möglichkeiten zur politischen Bewältigung der neuen Formen von Massenelend abzuzeichnen begannen, die die industrielle Revolution mit sich gebracht hatte. Bald darauf, 1900, erschien das erste Buch mit dem Titel «Soziale Gerechtigkeit». Es ist das Werk des heute weitgehend vergessenen Amerikaners Westel Willoughby, zu dessen Verdiensten gehört, die Johns Hopkins University zur Gründung des ersten politologischen Seminars bewogen zu haben – mit ihm selbst als dem einzigen Professor. Die Leitthese in Willoughbys Buch lautete, dass nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Verhältnisse einer Gesellschaft einem Vernünftigkeitstest und Gerechtigkeitstest zu unterwerfen sind; und dass allein Gesellschaften stabil sein werden, deren soziale und wirtschaftliche Strukturen den Fairness- und Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen entsprechen.

Keine Gerechtigkeit ohne Staat

David Millers erstmals 1999 erschienene und nun endlich auch ins Deutsche übersetzte Untersuchung «Grundsätze sozialer Gerechtigkeit» macht anhand von Willoughby deutlich, dass die Frage sozialer Gerechtigkeit auf die grundlegenden Institutionen einer Gesellschaft mit Grenzen und fest umrissener Mitgliedschaft bezogen ist. Wer die Frage stellt, geht – anders gesagt – davon aus, dass «es eine Agentur gibt, die imstande ist, die institutionelle Struktur mehr oder weniger genau in der von der favorisierten Theorie geforderten Weise zu verändern».

So wie die Dinge liegen, lässt sich von sozialer Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit laut Miller daher nur mit Bezug auf Staaten sprechen. Nur Staaten verfügen über die nötigen Mittel, um die Grundstruktur der Gesellschaft im Sinne einer Konzeption sozialer Gerechtigkeit zu gestalten. Bereits im 1976 erschienenen Buch «Social Justice» hat Miller im Widerspruch zu John Rawls darauf gepocht, dass es drei gleichberechtigte Quellen von Gerechtigkeitsurteilen gibt. In «Grundsätze sozialer Gerechtigkeit» bezieht er sie auf drei Grundformen sozialer Beziehungen, die er «solidarische Gemeinschaft», «Zweckverband» und «Staatsbürgerschaft» nennt. In diesen Grundformen sind unterschiedliche Gerechtigkeitsprinzipien massgebend. Zwischen Mitgliedern solidarischer Gemeinschaften gilt der Grundsatz: «Jeder Person nach ihrem Bedarf!»; Zweckverbände heben dagegen auf das Verdienst ab, während Gerechtigkeit zwischen Staatsbürgern in der rechtlichen Gleichheit besteht.

Uneinigkeit in Fragen sozialer Gerechtigkeit hat nach Miller unter anderem ihren Grund in Unklarheiten über die Beziehungen, in denen man sich gegenüber anderen befindet. Eine angemessene Konzeption sozialer Gerechtigkeit muss daher die jeweilige Beziehungsform klären und so sicherstellen, dass soziale Güter in einer Gesellschaft nach dem richtigen Verteilungsprinzip zugewiesen werden.

Miller stützt seine These, dass eine angemessene

Theorie sozialer Gerechtigkeit pluralistisch sein muss, mit reichhaltigen empirischen Befunden zu den Urteilen «gewöhnlicher Leute» ab. Schon in früheren Arbeiten hatte er Rawls' Theorie im Lichte empirischer Untersuchungen hinterfragt. Es zeigte sich beispielsweise, dass Rawls' Forderung, die am schlechtesten Gestellten möglichst gut zu stellen, in experimentellen Befragungen kaum Unterstützung findet. Die Untersuchungsteilnehmer massen nämlich der Frage, ob eine Person sich aus eigenem Verschulden in einer nachteiligen sozialen Situation befindet, erhebliche Bedeutung bei – ein Aspekt, der von Rawls systematisch ausgeblendet wird. Die soziologische Rückbindung seiner Theorie gehört zweifellos zu den Stärken von Millers Ansatz. Allzu häufig werden in der philosophischen Literatur Behauptungen über moralische Überzeugungen eingeführt, ohne dass dies jemals quantitativ aufgeschlüsselt würde. Der Autor kritisiert aber auch die in der soziologischen Literatur dominierende Haltung, jeden gedanklichen Schritt über die Erhebung von Meinungen hinaus abzulehnen.

Der Grund sozialer Rechte

Millers Versuch, die Gerechtigkeitsprinzipien von Bedarf, Verdienst und Gleichheit den sozialen Beziehungen von solidarischer Gemeinschaft, Zweckverband und Staatsbürgerschaft zuzuordnen und so möglichst einfach zu systematisieren, ist aber nicht ohne Probleme. Wenn Staaten für alle Bürgerinnen und Bürger ein am Bedarf orientiertes soziales Minimum garantieren, so ist dies nach Miller unter das Gerechtigkeitsprinzip «Gleichheit» zu subsumieren, weil der Staatsbürger-Status betroffen ist. Die Begründung für das soziale Minimum dürfte aber doch eher lauten, dass bedürftige Menschen ein moralisches Recht auf Unterstützung haben und dass es ungerecht wäre, ihnen Hilfe vorzuenthalten.

Miller meint möglicherweise, Nationen seien in gewisser Weise Solidargemeinschaften. Daher wendeten Staaten das Bedarfsprinzip der Gerechtigkeit an. Aber dieses Manöver würde nicht nur ein Durcheinander in dem ursprünglichen Zuordnungsschema anrichten; es entspricht auch nicht der in der Rechtspraxis enthaltenen Begründung von sozialen Rechten mit Verweis auf die materiellen Voraussetzungen einer menschenwürdigen Existenz. Zugehörigkeit zu einer Solidargemeinschaft ist nicht der Grund, warum wir solche Rechte haben – wir haben sie als Menschen; sie ist vielmehr Grund dafür, dass wir auf deren Erfüllung vertrauen dürfen. So will Millers Kopplung von Gerechtigkeitssoziologie und Kommunismus in diesem Punkt nicht recht überzeugen.

Michael Schefczyk

David Miller: Grundsätze sozialer Gerechtigkeit. Aus dem Englischen von Ulrike Berger. Campus, Frankfurt am Main 2008. 382 S., Fr. 59.–.